



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

10/2015 06.03.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu ab März 2015:

Umweltrecht

Grundriss für Studium und Praxis

Andreas Hauer / Michael Mayrhofer (Hg)

Der Grundriss Umweltrecht ist als Lehr- und Studienunterlage zu den Lehrveranstaltungen des Studienschwerpunktes Umweltrecht im Diplomstudium der Rechtswissenschaften an der JKU Linz entwickelt worden und deckt mittlerweile die überwiegende Zahl dessen Lehrveranstaltungen ab, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Er setzt Schwerpunkte auf den Gebieten des Umweltvölker- und -europarechts, des Anlagenrechts, des Abfallrechts, des Straßeninfrastrukturrechts, des Umweltstrafrechts und einige mehr. Als ein Novum in der umweltrechtlichen Literatur zeichnen den Band zwei Beiträge zu nicht-juristischen Grundlagen des Umweltrechts aus, nämlich zu Fragen der Umweltökonomie und der Umwelttechnik.

Aus dem Inhalt: Umweltvölkerrecht, Umweltunionsrecht, Umweltverfassungsrecht, Allgemeines Umweltrecht, Umweltorganisationsrecht, Besonderes Umweltrecht, Ausgewählte Schwerpunkte, Umweltstrafrecht, Grundzüge der Umweltökonomie, Grundlagen der Umwelttechnik.

Autoren: Hon.-Prof. RA Dr. Wilhelm Bergthaler, assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Hackl, Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer, Univ.-Lektorin Dr. Simone Hauser BEd, assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Ass.-Prof. Dr. Ingrid Mitgutsch und o.Univ.-Prof. Dr. Wolfgang M. Samhaber, alle Johannes Kepler Universität Linz.

78 Euro, XLII und 675 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Jänner 2015, ISBN 978-3-902883-21-6

Zu beziehen auf www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 40/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Kraftfahrsgesetz-Durchführungsverordnung 1967** geändert wird (61. Novelle zur KDV 1967)

[BGBl II 41/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die Wahltag der Hochschülerinnen- und **Hochschülerschaftswahlen 2015**

[BGBl III 30/2015 \(Anlage\)](#)

Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den **Zeitraum 2014 bis 2020** vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen **des AKP EU Partnerschaftsabkommens** und über die **Bereitstellung von finanzieller Hilfe** für die **überseeischen Länder und Gebiete**, auf die der Vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 58 v 03.03.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die **Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds**

[ABI L 60 v 04.03.2015, 37](#)

Beschluss (EU) 2015/344 des Rates vom 17. Februar 2015 zur **Verlängerung** des Abkommens über die **wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit** zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der **Ukraine**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

19.02.2015 [E 1383/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Zurückverweisung der Sache hinsichtlich der Rückkehrentscheidung mangels Auseinandersetzung mit Feststellungen zur Heimatregion des Bf

19.02.2015 [E 1535/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Anordnung zur Außerlandesbringung einer schwangeren, irakischen Staatsangehörigen nach Ungarn wegen objektiver Willkür mangels Berücksichtigung vor Erlassung der Entscheidung übermittelter Unterlagen über den Gesundheitszustand der Bf im Hinblick auf einen allfälligen Durchsetzungsaufschub

20.02.2015, [E 443/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Zurückverweisung der Sache hinsichtlich der Rückkehrentscheidung; willkürliche Annahme eines suggestiven Charakters der Bescheidbegründung der Behörde erster Instanz; keine Suggestivwirkung einer (allgemeinen) Rechtsbelehrung mit Hilfe eines Merkblattes

23.02.2015, [G 220/2014](#)

Stmk GemeindestrukturreformG; keine Unsachlichkeit der **Vereinigung der Gemeinde** Saifen-Boden mit der Marktgemeinde Pöllau und anderen Gemeinden; Zulässigkeit des Individualantrags trotz Verlusts der Rechtspersönlichkeit der antragstellenden Gemeinde

23.02.2015, [E 158/2015](#)

B-VG; Zurückweisung einer Beschwerde gegen eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung betreffend die Streichung einer Person aus einem **Wählerverzeichnis** wegen **Nichtzuständigkeit des VfGH**; Vorrang der Wahlgerichtsbarkeit vor der Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit des VfGH

B. Verwaltungsgerichtshof

28.11.2014, [2011/06/0096](#)

Stmk Raumordnungsg; Antrag auf **Errichtung einer Schrankenanlage** auf einem im Miteigentum stehenden Grundstück; die geringe Anzahl der Personen, die den „Gemeingebrauch“ tatsächlich ausüben, steht der **Öffentlicherklärung eines Wegs** nicht entgegen, wenn die Benützung zur Befriedigung eines dringenden Verkehrsbedürfnisses erfolgt; allein in dem Umstand, dass ein Weg die einzige Zufahrtsmöglichkeit zu anrainenden, bebauten Grundstücken darstellt, liegt ein dringendes Verkehrsbedürfnis; die Widmung „Verkehrsfläche“ steht der Baubewilligung für die Errichtung einer Schrankenanlage im Hinblick auf die im Flächenwidmungsplan genannten, auf öffentlichen Verkehrsflächen zulässigen Einrichtungen nicht entgegen

21.01.2015, [2013/04/0127](#)

GewO; die Entziehung der Gewerbeberechtigung gem § 91 Abs 2 GewO ist eine **Sanktion für die Nichtentfernung einer Person mit maßgebendem Einfluss** auf den Betrieb der Geschäfte; der Gewerbeentziehung hat die Aufforderung zur Entfernung voranzugehen; durch die Aufforderung wird die Sache des Entziehungsverfahrens festgelegt; es steht der Berufungsbehörde daher nicht zu, nach der Aufforderung die **Gründe**, aus denen die Entfernung einer Person mit maßgebendem Einfluss für erforderlich erachtet wurde, auszutauschen

21.01.2015, [2013/10/0201](#)

Hochschul-QualitätssicherungsG; PrivatuniversitätenG; Antrag auf **Akkreditierung als Privatuniversität**; die Verbindung von Forschung und Lehre ist einer der Grundsätze für die Tätigkeit einer Privatuniversität; Grundvoraussetzungen, um bei einer ex-ante-Akkreditierung die Realisierbarkeit universitärer Forschung annehmen zu können, sind eine überzeugende Forschungsstrategie, ein entsprechend erfahrungsgerechtes Personal und ausreichende finanzielle Mittel für Forschung

29.01.2015, [Ro 2014/07/0058](#)

WasserrechtsG; erfolgt die Benutzung privater Tagwässer oder die Errichtung von Anlagenteilen einer Wasserversorgungsanlage auf fremden Liegenschaften auf Grund eines Privatrechtstitels, dann wurde Einfluss auf fremde Rechte iSd § 9 Abs 2 WasserrechtsG nicht durch die Benutzung, sondern lediglich durch diesen Privatrechtstitel geübt; liegt ein Privatrechtstitel vor und sind auch die sonstigen Voraussetzungen für eine Bewilligungspflicht nicht gegeben, besteht keine **Bewilligungspflicht nach dem § 9 Abs 2 WasserrechtsG**

29.01.2015, [Ra 2014/07/0059](#)

AbfallwirtschaftsG; § 62 Abs 3 AbfallwirtschaftsG ist kein Instrument zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustands; der Umstand allein, dass (auch) eine **Konsensüberschreitung** vorliegt, hindert jedoch nicht die Anwendung dieser Bestimmung; zunächst ist aber durch einen auf § 62 Abs 2 leg cit gestützten Auftrag der konsensgemäße Zustand herzustellen; ist trotzdem das öffentliche Interesse nicht hinreichend geschützt, ist zusätzlich nach § 62 Abs 3 leg cit vorzugehen, wobei beide Aufträge bei gegebenen Voraussetzungen gleichzeitig erteilt werden können

29.01.2015, [Ro 2014/07/0066](#)

AbfallwirtschaftsG; EG-VerbringungsVO; grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen; die **Erwirkung der Bewilligung zu einer notifizierungspflichtigen Verbringung** ist Pflicht des Notifizierenden, dessen Person sich aus der Definition der EG-VerbringungsVO ergibt; die Verwaltungsübertretung des § 79 Abs 1 Z 15b AbfallwirtschaftsG kann daher nur vom Notifizierenden verwirklicht werden; für jede Verbringung gibt es aber nur einen (einzigen) Notifizierenden; dass neben dem Notifizierenden auch andere Personen zur Notifizierung bzw zur Erwirkung eines Bescheids verpflichtet wären, geht weder aus dem AbfallwirtschaftsG noch aus der EG-VerbringungsVO hervor

29.01.2015, [Ro 2014/07/0105](#)

AbfallwirtschaftsG; der Liegenschaftseigentümer im Zeitpunkt der Kontamination ist nicht **Verpflichteter iSd § 74 AbfallwirtschaftsG**, wenn er im Zeitpunkt des Auftrags nicht mehr Eigentümer des Grundstücks ist; § 74 Abs 1 leg cit verweist auf den aktuellen Eigentümer des Grundstücks; je nachdem, ob es sich dabei um den Eigentümer im Ablagerungszeitpunkt handelt oder um seinen Rechtsnachfolger, gelten für seine Heranziehung unterschiedliche Voraussetzungen

C. Verwaltungsgerichte

LVwG NÖ 18.12.2014, [LVwG-AB-14-0411](#)

AVG; VwGVG; die Lücke des § 68 Abs 1 AVG ist im Wege der Analogie zu schließen, sodass unter die Wortfolge „der Berufung nicht oder nicht mehr unterliegenden Bescheides“ allgemein Rechtsmittel fallen, welche die Unanfechtbarkeit des angefochtenen Bescheids hinausschieben, somit auch Beschwerden nach dem VwGVG; eine noch offenstehende Beschwerde nach dem VwGVG hindert damit eine Abänderung von Amts wegen ebenso wie eine noch offenstehende Berufung

LVwG Wien 02.12.2014, [VGW-021/020/26104/2014](#)

GewO; das Wort „Änderungen“ im § 111 Abs 5 GewO setzt nicht zwingend ein aktives Tun, jedenfalls aber ein zielgerichtetes „bewusstes“ Agieren des Betriebsinhabers voraus; eine **Änderung der Betriebsart einer Betriebsanlage** kann daher durch eine bewusst gesetzte Handlung oder ein bewusstes In-Kauf-nehmen von Änderungen bewirkt werden; wird eine Betriebsanlage mit einer angemeldeten Betriebsart genehmigt, so stellt ein allfälliger Wechsel im allgemeinen Verständnis dieser bestimmten Betriebsart jedoch keine Änderung der Betriebsart durch den Betriebsinhaber dar, die ihn verpflichten würde, eine entsprechende Anzeige bei der Behörde zu machen

LVwG Wien 16.01.2015, [VGW-101/079/25536/2014](#)

PassG; es erscheint dem erkennenden Gericht unlogisch, auf ein **Passfoto mit Nudelsieb als Kopfbedeckung** aus religiösen Gründen zu bestehen, anlässlich der Beantragung des Passes bei der Behörde diese Kopfbedeckung allerdings nicht zu tragen; eine konkrete Norm, dass jemand auf einem Passfoto ein Nudelsieb auf dem Kopf zu tragen hat, ist nicht vorhanden; es widerspricht dem Bedürfnis nach Sicherheit im Reiseverkehr und dem sicheren Gewährleisten der Freizügigkeit im Personenverkehr, die Normen für die Ausstellung eines Reisepasses nicht vollständig zu erfüllen und zu befolgen; die belangte Behörde hat nur dann einen beantragten Reisepass auszustellen, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen, und das gilt auch für das Passfoto, erfüllt werden

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[04.03.2015, Rs C-534/13, Fipa Group ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 191 Abs 2 AEUV – Richtlinie 2004/35/EG – **Umwelthaftung** – Nationale Regelung, die für die Verwaltung nicht die Möglichkeit vorsieht, den **Eigentümern von verschmutzten Grundstücken**, die nicht zu der Verschmutzung beigetragen haben, die **Vornahme von Vermeidungs- und Sanierungsmaßnahmen** aufzuerlegen, und nur die Pflicht zur Kostenerstattung der von der Verwaltung durchgeführten Maßnahmen vorsieht – **Vereinbarkeit mit dem Verursacherprinzip**, den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung und dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen

[04.03.2015, Rs C-547/13, Oliver Medical](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 8543, 9018 und 9019 – **Laser- und Ultraschallgeräte sowie** deren Ersatzteile und Zubehör

[05.03.2015, Rs C-463/12, Copydan Båndkopi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Urheberrecht** und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 5 Abs 2 Buchst b und Art 6 – Vervielfältigungsrecht – Ausnahme – **Vervielfältigungen zum privaten Gebrauch** – Vervielfältigungen mit Hilfe von Speicherkarten für Mobiltelefone – Gerechter Ausgleich – Vergütung auf die Träger – Gleichbehandlung – Erstattung der Vergütung – **Geringfügiger Nachteil**

[05.03.2015, verb Rs C-93/13 P und C-123/13 P, Kommission / Versalis und Eni](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für Chloropren-Kautschuk – Aufeinanderfolge von Produktionseinheiten – **Zurechenbarkeit der Zuwiderhandlung** – Geldbußen – Wiederholungsfall – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[05.03.2015, Rs C-343/13, Modelo Continente Hipermercados](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Regelung der **Verschmelzung von Aktiengesellschaften** – Richtlinie 78/855/EWG – Verschmelzung durch Aufnahme – Art 19 – Wirkungen – **Übergang des gesamten Aktiv- und Passivvermögens** der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft – Zuwiderhandlung der übertragenden Gesellschaft vor der Verschmelzung – Feststellung der Zuwiderhandlung durch einen Verwaltungsakt nach dieser Verschmelzung – Nationales Recht – **Übergang der ordnungswidrigkeitsrechtlichen Haftung der übertragenden Gesellschaft** – Zulässigkeit

[05.03.2015, Rs C-479/13, Kommission / Frankreich](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – **Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes** – Lieferung von digitalen und elektronischen Büchern

[05.03.2015, Rs C-502/13, Kommission / Luxemburg](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – **Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes** – Lieferung von digitalen oder elektronischen Büchern

[05.03.2015, verb Rs C-503/13 und C-504/13, Boston Scientific Medizintechnik](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Haftung für fehlerhafte Produkte** – Richtlinie 85/374/EWG – Art 1, 6 Abs 1 und 9 Satz 1 Buchst a – **Herzschrittmacher** und implantierbarer Cardioverter Defibrillator – **Ausfallrisiko des Produkts** – Körperverletzung – Explantation des Produkts, das fehlerhaft sein soll, und Implantation eines anderen Produkts – **Erstattung der Operationskosten**

[05.03.2015, Rs C-553/13, Statoil Fuel & Retail](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Indirekte Steuern – **Verbrauchssteuern** – Richtlinie 2008/118/EG – Art 1 Abs 2 – Verbrauchsteuerpflichtige Flüssigbrennstoffe – Steuer auf den Einzelhandelsverkauf – **Begriff ‚besonderer Zweck‘** – Im Voraus festgelegte Verwendung – Betrieb des öffentlichen Personenverkehrs im Gebiet einer Stadt

[05.03.2015, Rs C-585/13 P, Europäisch-Iranische Handelsbank / Rat](#)

Rechtsmittel – Restriktive Maßnahmen gegen die Islamische Republik **Iran** zur **Verhinderung der nuklearen Proliferation** – **Einfrieren von Geldern** – Beschränkung von Geldtransfers – Hilfe für gelistete Organisationen bei der Umgehung restriktiver Maßnahmen oder beim Verstoß gegen diese Maßnahmen

[05.03.2015, Rs C-667/13, Banco Privado Português und Massa Insolvente do Banco Privado Português](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – **Staatliche Garantie für ein Darlehen** – Beschluss 2011/346/EU – Fragen zur Gültigkeit – Zulässigkeit – Art 107 Abs 1 AEUV – Begründung – **Beeinträchtigung des Handels** zwischen den Mitgliedstaaten – Art 107 Abs 3 Buchst b AEUV – **Beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats**

[05.03.2015, Rs C-175/14, Prankl](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Richtlinie 92/12/EWG – Allgemeines System für verbrauchsteuerpflichtige Waren – **Besteuerung geschmuggelter Ware** – Überführung von Waren in den steuerrechtlich freien Verkehr eines Mitgliedstaats und Beförderung in einen anderen Mitgliedstaat – **Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats** – Recht des Durchgangsstaats, diese Waren zu besteuern

[05.03.2015, Rs C-178/14, Vario Tek](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif** – Kombinierte Nomenklatur – **Tarifierung** – Position 8525 80 – Fernsehkameras, digitale Fotoapparate und Videokameraaufnahmegeräte (Camcorder) – Unterpositionen

8525 80 91 und 8525 80 99 – **In Sportbrillen eingebaute Videokameras** – ‚Optische Zoomfunktion‘ – Speichern von Dateien externer Signalquellen

[05.03.2015, Rs C-220/14 P, Ezz ua / Rat](#)

Rechtsmittel – Restriktive Maßnahmen gegenüber bestimmten Personen und Organisationen angesichts der Lage in **Ägypten – Einfrieren von Geldern** von Personen, gegen die gerichtliche Verfahren wegen rechtswidriger Verwendung staatlicher Gelder eingeleitet wurden – **Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption**

B. Schlussanträge

[03.03.2015, verb Rs C-544/13 und C-545/13, Abcur \(GA Szpunar\)](#)

Richtlinie 2001/83/EG – Art 3 Abs 1 und 2 – Humanarzneimittel – **Begriffe ‚Apotheke‘ und ‚Werbung‘** – Anwendungsbe-
reich der Richtlinien 2005/29/EG und 2006/114/EG

[05.03.2015, Rs C-9/14, Kieback \(GA Sharpston\)](#)

Freizügigkeit der Arbeitnehmer – **Gleichbehandlung von gebietsansässigen und gebietsfremden Personen** – Einkommensteuer – Arbeitnehmer, der sein gesamtes oder nahezu gesamtes zu versteuerndes Jahreseinkommen in dem Mitgliedstaat bezogen hat, in dem er zwar beschäftigt, aber nicht wohnhaft war – Persönliche Lage und Familienstand des Arbeitnehmers – **Abzug von Hypothekenzinsen** für eine eigene Wohnung während eines Teils des Steuerjahrs, in dem der Arbeitnehmer sein gesamtes oder nahezu gesamtes Einkommen im Beschäftigungsmitgliedstaat erzielte – **Wegzug** des Arbeitnehmers **in einen Nichtmitgliedstaat** während des betreffenden Jahres

[05.03.2015, Rs C-78/14 P, Kommission / ANKO \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Schiedsklausel – **Zuständigkeit des Gerichtshofs** – Auslegung einer Vertragsklausel

[05.03.2015, Rs C-242/14, Saatgut-Treuhandverwaltung \(GA Jääskinen\)](#)

Rechtsmittel – Schiedsklausel – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Auslegung einer Vertragsklausel

C. Gericht

[27.02.2015, Rs T-188/12, Breyer / Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Schriftsätze der Republik Österreich in einem Vertragsver-
letzungsverfahren vor dem Gerichtshof – **Verweigerung** des Zugangs

[04.03.2015, Rs T-496/11, Vereinigtes Königreich / EZB](#)

Wirtschafts- und Währungspolitik – EZB – Nichtigkeitsklage – Rahmen für die Überwachungs politik des Eurosystems –
Anfechtbare Handlung – Zulässigkeit – **Überwachung von Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssystemen** – Erfordernis eines Standorts in einem Mitgliedstaat des Eurosystems für **Clearingsysteme** mit zentraler Gegenpartei – **Zuständigkeit der EZB**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

03.03.2015, Beschwerde Nr. [29263/12](#), *S. Z. / Bulgarien*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **unzureichende Ermittlungen** im Fall der Bf, die **misshandelt und vergewaltigt** worden war; im Speziellen Negierung des Verdachts des Menschenhandels; **systematische Verletzung** der aus Art 3 resultierenden **Untersuchungspflichten**, da Bulgarien bereits in über 45

ähnlich gelagerten Fällen verurteilt wurde; Verpflichtung zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen, um derartige Konventionsverletzungen in Zukunft zu vermeiden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwal-tungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.